

II.

Bei der Erörterung der Weltlage bezeichneten Erich Honecker und Maurice Bishop die Sicherung des Friedens als die Hauptfrage der Gegenwart. Zugleich stellten sie mit großer Besorgnis fest, daß sich die internationale Lage durch den abenteurlichen Kurs der Konfrontation und der Hochrüstung, wie er von den aggressivsten Kreisen des Imperialismus verfolgt wird, gefährlich zugespitzt hat.

Sie verurteilen auf das entschiedenste die massiven Boykottmaßnahmen der USA gegenüber der Volksrepublik Polen als grobe Einmischung in deren innere Angelegenheiten sowie die Versuche, deren Verbündete, insbesondere die UdSSR, zu verleumden und zu erpressen. Beide Seiten stellen fest, daß eine solche Politik den Frieden und die Sicherheit ernsthaft bedroht und fordern mit allem Nachdruck deren unverzügliche Einstellung. Zugleich versichern sie dem sozialistischen Polen erneut ihre uneingeschränkte Solidarität.

Beide Seiten verurteilen die geplante Stationierung neuer Arten atomarer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, die Entscheidung der USA-Regierung zur Produktion der Neutronenwaffe, die Provozierung und das Anheizen von Konflikten sowie die Errichtung weiterer Militärstützpunkte der USA in verschiedenen Regionen der Welt.

Angesichts dieser ernsten Lage betrachten beide Seiten die Beendigung des Wettrüstens und konkrete Abrüstungsmaßnahmen, insbesondere auf nuklearem Gebiet, als die gegenwärtig vordringlichste Aufgabe.

Die Deutsche Demokratische Republik und Grenada unterstützen das Friedensprogramm des XXVI. Parteitages der KPdSU als eine realistische und konstruktive Alternative zur aggressiven, friedensgefährdenden Politik des Imperialismus. Sie werten die weitreichenden Vorschläge des Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, L. I. Breshnew, auf dem XIX. Komsomolkongreß zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung als einen erneuten konkreten Ausdruck dieser Friedenspolitik.

Beide Seiten erachten es für notwendig, daß die Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Waffen sowie die über die Reduzierung der Mittelstreckenwaffen in Europa bei strikter Achtung des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit zu effektiven Ergebnissen geführt werden.

Beide Seiten gehen davon aus, daß die 2. Sondertagung der UN-Vollversammlung für Abrüstung dazu dienen muß, konkrete Ergebnisse bei der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie in Vorbereitung einer Weltabrüstungskonferenz zu erzielen.

Die Deutsche Demokratische Republik und Grenada stimmen darin überein, daß Fortschritte bei der Weiterführung des Entspannungsprozesses in Europa